# Spreekurier



TREPTOW-KÖPENICK · IN ZUSAMMENARBEIT MIT DEM BERLINER STADTBLATT · MÄRZ 2021

#### SEHNSUCHT NACH NÄHE



Liebe Leserinnen und Leser!

Es ist eine Zeit der Entbehrungen, die uns vieles abverlangt. Niemand konnte sich den Einschränkungen durch die Coronavirus-Pandemie entziehen – jeder ist betroffen. Und so sind wir froh darüber, wenn Stück für Stück etwas Normalität einzieht.

Die Distanz unter Menschen mag Leben gerettet haben – und dafür sind wir auch dankbar. Aber wir wissen auch alle, dass diese Distanz belastend ist. Hinzu kommt, dass wir bereits im vergangenen Sommer und im beginnenden Herbst deutlich abgesunkene Infektionszahlen vermelden konnten. Es gab in Treptow-Köpenick sogar knapp eine Woche ohne jede Neuinfektion – und dann ging es erneut los.

Droht das jetzt wieder? Wir wollen das nicht, weil wir auch unser Wirtschaftsleben wieder richtig in Gang setzen wollen. Wir wollen nicht nur die Angst vor Infektionen und Erkrankung nehmen, sondern auch die Sorge vor wirtschaftlicher Not. Von jedem von uns wird deshalb Solidarität erwartet – sich an die Regeln halten, um die Regeln abschaffen zu können. Das kann und das muss unsere Devise sein, um die Pandemie gemeinsam zu überwinden. Auf jeden von uns kommt es deshalb an! Machen Sie mit!

> **Oliver Igel** Bezirksbürgermeister



Franziska Giffey ist die SPD-Spitzenkandidatin für die Abgeordnetenhauswahl 2021

#### Fata, Drivat

#### **IN DIESER AUSGABE**

#### **DURCHBRUCH**

Fußgängertunnel wird überflüssig SEITE 2

#### **IM GESPRÄCH**

Franziska Giffey: Hingehen – Zuhören – Anpacken **SEITE**:

#### FRAUENPOWER

Vorständinnen

#### in Berlin

CORONA-KRISE

#### Raed Saleh: Nicht sparen,

sondern investieren SEITE 5

#### HOMEOFFICE MIT KINDERN

Wie Familien durch die Krise kommen SEITE 7

#### KLIMASCHUTZ

Zukunfstprojekt in Alt-Treptow

SEITE 8

**SEITE 4** 

# Berlin ist eine Herzenssache

Franziska Giffey und Raed Saleh lieben ihre Stadt und wollen sie noch besser machen

Vorbilder, Meilensteine, Herzenssache – genau darüber spricht die SPD-Landesvorsitzende Franziska Giffey im Interview mit dem Berliner Stadtblatt anlässlich des Internationalen Frauentags.

Vorbilder, das sind Frauen in Vorstandsetagen großer deutscher Unternehmen. Meilenstein, das ist ein Gesetz, welches die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen an Führungspositionen in der Privatwirtschaft regelt. Und eine Herzenssache? Das ist Berlin, denn die Hauptstadt "gehört zu den attraktivsten Städten Europas und der ganzen Welt", sagt SPD-Spitzenkandidatin Franziska Giffey.

Herzenssache Berlin – das ist auch der Titel des Landeswahlprogramms der Berliner SPD: "Wir wollen an bisherige Erfolge anknüpfen und die Stadt als lebenswerte Metropole weiterentwickeln." Nach dieser Devise bilden "fünf B's" das Herzstück des Programms: Bauen, Bildung, Beste Wirtschaft, Bürgernahe Verwaltung und Berlin in Sicherheit. Welche Stadt sich Franziska Giffey konkret vorstellt, was sie außerdem zu den Öffnungen der Schulen und Kitas sagt und wie genau der anfangs erwähnte Meilenstein die Gesellschaft verändern kann, lesen Sie im Interview.

Raed Saleh, Co-Vorsitzender der Berliner SPD, möchte in der Corona-Krise nicht sparen, sondern investieren. Dabei geht es ihm "um die Zukunft all der wunderbaren Menschen in unserer Stadt", sagt er. Und damit meint er die Beschäftigten in der Gastronomie und im Tourismus, die Angestellten im Einzelhandel, Unternehmerinnen und Unternehmer, Menschen in der Kultur, Berlinerinnen und Berliner, "die unsere weltweit bewunderten

Clubs betreiben. Ihnen allen müssen wir Perspektiven bieten", erklärt der SPD-Landesvorsitzende. Vor allem müsse man sich da um die Familien kümmern: Die Pandemie dürfe nicht die Startchancen für viele Kinder verschlechtern.

Eines ist ihm in diesem Zusammenhang besonders wichtig: Soziale und innere Sicherheit gehören zusammen. "Dazu gehört, dass die Berlinerinnen und Berliner keine Angst haben müssen, aus ihren Kiezen vertrieben zu werden", erklärt er. Keiner solle sich ständig vor Arbeitslosigkeit oder immer höheren Lebenskosten fürchten müssen. Deshalb setzt sich die SPD Berlin für eine starke Berliner Wirtschaft ein und dafur, dass die Bildung weiterhin kostenfrei bleibt. Sicherheit fange aber auch im Kopf an: "Die meisten Menschen sind auf einen starken Staat angewiesen."

Das heißt für ihn unter anderem mehr Streifen in den U-Bahnhöfen und mehr Kontaktbereichsbeamte. Wie er und Franziska Giffey Berlin nach Corona wirtschaftlich wieder an die Spitze Deutschlands bringen wollen und wie er im Wahlkampf eine Balance zwischen Außen- und Innenstadtbezirken herstellen will, verdeutlicht auch er im Interview.

Franziska Giffey und Raed Saleh versprachen nach dem ersten digitalen Parteitag der Berliner SPD im vergangenen Jahr, dass sie als Führungsduo vor allem eins sein wollen: nahbar. Diesem Vorsatz folgend ist die SPD-Spitzenkandidatin auf großer "#HerzenssacheBerlin Tour", um mit den Berlinerinnen und Berlinern ins Gespräch zu kommen.

Die Interviews lesen Sie auf den Seiten 3 und 5

## Strauß voller Anerkennung

Postkartenaktion der AsF für Alltagsheldinnen

Nicht nur das letzte Jahr hat Frauen vor besondere Herausforderungen gestellt. Diese wurden und werden erstaunlich gut gemeistert. Der Alltag von Frauen ist vergleichbar mit dem eines Zirkuskünstlers, der viele Bälle gleichzeitig jongliert. Immer, wenn es richtig gut läuft, kommt ein weiterer Ball hinzu und erhöht den Schwierigkeitsgrad.

So kennt jede Frau mehrere andere Frauen, die sich gerade deswegen über alle existierenden Ungleichheiten hinwegsetzen und Großartiges für die Gesellschaft leisten – in der Nachbarschaft, in der Pflege, in der Schule, in der Ausbildung und

im Studium, im Familienalltag, Beruf und im Ehrenamt. Im Frauenmärz 2021 zeigen und teilen wir unsere gegenseitige Wertschätzung. Denn Alltagsheldinnen sind überall, sie sind nicht selbstverständlich!

Im Rahmen einer Postkartenaktion kann sich gegenseitig, "ein Strauß voller Anerkennung" zugesandt werden. Dafür verteilt die Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (AsF) Treptow-Köpenick Postkarten für Alltagsheldinnen. Sie sind so gestaltet, dass individuelle anerkennende Worte und Grüße versendet werden können.

Sandra Böhme

## Schulen haben Priorität

Umfangreiche Sanierungen und Neubauten werden umgesetzt



Die Fassade der Schule am Wildgarten wurde erneuert

Foto: Oliver Ig

Es wird weiter investiert. Ein klarer Schwerpunkt liegt dabei auf den Schulen im Bezirk. Von den 55 Hochbauprojekten, die das Bezirksamt 2020 bearbeitet hat, waren 28 Schulen. Und in diesem Jahr geht es weiter.

Zu den größten Schulprojekten gehört die Friedrichshagener Schule in der Peter-Hille-Straße mit einem Erweiterungsbau, die Reaktivierung der ehemaligen Schule in der Stillerzeile in Hirschgarten zu einer neuen Grundschule sowie die Fortsetzung

der Bauarbeiten an der Grundschule am Pegasuseck, Schule am Wildgarten und der Müggelschlößchen-Schule. Alle Maßnahmen sollen bis 2023 abgeschlossen sein.

"In diesem Jahr stehen auch der Neubau einer Musikschule und eines Kiezklubs für Senioren in Baumschulenweg auf der Tagesordnung", sagte Bezirksbürgermeister Oliver Igel, der auch für das Hochbauamt des Bezirks zuständig ist. Zudem steht nach umfangreicher Vorplanung die Umsetzung der denkmalgerechten Herrichtung des Strandbades Müggelsee in Rahnsdorf vor dem Beginn. "Wir investieren in alle Generationen", so Oliver Igel.

#### **KURZ NOTIERT**

#### DIGITALER FRÜHSCHOPPEN

Am Sonntag, 14. März von 10 bis 12 Uhr geht es um die Sportentwicklungsplanung Treptow-Köpenick. Mit dabei sind **Steffen Senkbeil**, Fachbereichsleiter Sport im Schul- und Sportamt Treptow-Köpenick, **Steffen Sambill**, Vizepräsident des Landessportbundes und Mitglied des Sportausschusses in der BVV und **Edwin Hoffmann**, sportpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion.

Teilnahme unter: veranstaltung.spd-fraktion-tk.de

#### **VERKEHRSGUTACHTEN**

Seit Jahren herrscht bei den Einwohnern von Wendenschloss Sorge über die Verkehrssituation. Namentlich im Berufsverkehr ist es schwierig, den Ortsteil zu verlassen. Bei jedem neuen Wohnungsbauprojekt wächst die Angst, bald im Verkehrsstau zu ersticken.

Ältere Verkehrsgutachten für das Wohnungsbauprojekt Funkwerk und für die Nachverdichtung Kietzer Feld sehen die Straßenverbindung als gerade noch ausreichend an. Auf Antrag der SPD-Fraktion hat die BVV nun das Bezirksamt aufgefordert, ein aktuelles Verkehrsgutachten zu veranlassen, damit bei künftigen Bauvorhaben seriös geprüft und entschieden werden kann, ob eine ordnungsgemäße Erschließung möglich ist.

#### **IMPRESSUM BERLINER STADTBLATT** LANDESSEITEN Herausgeber: SPD Landesverband Berlin Landesgeschäftsführerin Anett Seltz (V.i.S.d.P.) Müllerstraße 163, 13353 Berlin Tel. 030-4692222 Redaktion der Landesseiten Sebastian Thomas (Leitung), Ulrich Horb, Ulrich Rosenbaum, Ulrich Schulte-Döinghau: Bezirksseiten SPREEKURIER Herausgeber: SPD Treptow-Köpenick Kreisvorsitzende Ellen Haußdörfer und Christopher Jäschke (V.i.S.d.P.) Grünauer Str. 14, 12557 Berlin Redaktion: Sandra Böhme, Oliver Igel André Rostalski kreis.treptow-köpenick@spd.de www.spd-treptow-koepenick.de (Seiten 2 und 8) SPD-Fraktion in der BVV Treptow-Köpenick Fraktionsvorsitzender Alexander Freier-Winterwerh (V.i.S.d.P.), Neue Krugallee 4, 12435 Berlin buero@spd-fraktion-tk.de · www.spd-fraktion-tk.de Redaktion: Paul Bahlmann, Martin Becker André Rostalski, Ana-Maria Trăsnea, Manuel Tyx

# Durchbruch nach vier Jahren

Nach jahrelangem Planen verabschiedet sich der Senat vom Fußgängertunnel

Es ist kaum zu glauben. Noch vor Kurzem sah es so aus, als ob sich am Fußgängertunnel am Bahnhof Schöneweide gar nichts tun würde. Die letzten Bauarbeiten waren schon Monate her und der Tunnel gammelte vor sich hin. Zugleich klammerte sich die zuständige Senatsverwaltung für Verkehr an der Idee, den Tunnel zu sanieren.

Der Fußgängertunnel am Bahnhof Schöneweide ist seit dem Brand im Dezember 2016 ein Schandfleck für unsere Kieze. Schon damals war klar, dass der Tunnel langfristig nicht mehr benötigt wird. Trotzdem wurde der Tunnel über vier Jahre saniert bzw. liegen gelassen. Über 60.000 Euro wurden versenkt. Gesehen hat man davon nichts.

Nun aber ist auch der Senatsverwaltung für Verkehr endlich aufgefallen, dass das Versenken von Steuermitteln keinen Sinn mehr macht. Auf eine aktuelle Anfrage des Abgeordneten Lars Düsterhöft zum Fußgängertunnel schreibt der Staatssekretär: "Zwischenzeitlich sind die Planungen im Zuge der Umgestaltung des Knotenpunktes am S-Bahnhof so weit fortgeschritten, dass mit einem in Kürze zu erwartenden Planfeststellungsbeschluss eine sichere und bequeme, direkte, ebenerdige und barrierefreie Querungsmöglichkeit am südlichen Knotenpunktarm in der Michael-Brückner-Straße geschaffen werden kann. Vor diesem Hintergrund wird aktuell vor der Weiterführung



Der Fußgängertunnel am Bahnhof Schöneweide ist seit Ende 2016 gesperrt

Foto: Lars Düsterhöft

der Instandsetzungsarbeiten an der Tunnelanlage geprüft, inwiefern die Fußgängerunterführung ggf. auch einer anderen Nutzung zugeführt werden könnte."

Auch wird nach vier Jahren endlich die Umnutzung des Tunnels zum Fahrradparkhaus geprüft. Genau diese Umnutzung wurde mit Unterstützung der SPD-Fraktion schon 2018 in der BVV Treptow-Kö-

penick beschlossen. Der Beauftragte für Radverkehr der SPD-Fraktion in der BVV, Manuel Tyx, begrüßt das Einlenken der Verkehrsverwaltung:

"Die Umnutzung des Tunnels zu einem Fahrradparkhaus ist nun der nächste und richtige Schritt. Gleichzeitig muss aber auch die unbefriedigende Querungsmöglichkeit für den Fußverkehr an dieser Stelle deutlich verbessert werden."

Immer wieder wurde in den letzten Jahren mitgeteilt, dass dies angeblich nicht möglich sei. Es zeigt sich, dass man einfach nicht wollte! Es ist sehr ärgerlich, dass erst nach vier Jahren diese Erkenntnis gereift ist, die seit langem bekannt und immer wieder in den Zeitungen, im Radio und in der Abendschau thematisiert wurde.

# Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser

Wie Stadtrat Bernd Geschanowski (AfD) die BVV ein ums andere Mal in die Irre führte

Eric Cantona wird der Spruch zugeschrieben: "Mit Rassisten diskutieren, das ist, wie mit einer Taube Schach spielen: Egal wie gut du bist, am Ende wird die Taube aufs Spielfeld kacken, alles umschmeißen und umherstolzieren, als hätte sie gewonnen." In der Aussage stecken viele Wahrheiten. Eine davon betrifft das Problem, mit Menschen interagieren zu müssen, die sich nicht an die Regeln halten wollen.

Das ist besonders in Demokratien ein Problem. Denn die meisten Regeln der demokratischen Auseinandersetzung sind nicht Gesetz, sondern einfach geübte Praxis. Sie sind das Ergebnis von gemeinsam geteilten demokratischen Werten. Von CDU, über FDP, Grüne bis Die Linke kann man sich darauf verlassen. Die Akzeptanz von Fakten ist so ein Wert. Leider wird dieser Wert von einer Partei zunehmend aufgeweicht.

Bezirksstadtrat Bernd Geschanowski (AfD) sah sich letztes Jahr gravierenden Rassismus-Vorwürfen ausgesetzt. Statt aufzuklären, führte er die Bezirksverordneten in die Irre: Zunächst begründete er seine Unwilligkeit, zu bestimmten Sachverhalten einer Videokonferenz

des Haushaltsausschusses Auskunft zu geben, mit einer Belehrung des Rechtsamtes. In der Hochphase der Pandemie musste der Haushaltsschuss zu einer Präsenzsitzung zusammenkommen. Eine Anfrage beim Rechtsamt ergab: Diese Belehrung gab es nie. Später sagte er im Ausschuss, er führe ein "ergebnisoffenes" Verfahren. Aus der Akteneinsicht wurde später deutlich, er hatte bereits Wochen zuvor die Kundigung verlangt. Im Dezember 2020 veröffentlichte der Stadtrat eine Pressemitteilung und suggerierte auf Nachfrage im Gesundheitsausschuss, diese sei im regulären Verfahren an die Pressestelle gegangen. Später stellte sich heraus, dass er die Mitteilung am späten Sonntagabend eigenständig – ohne den zuständigen Stadtrat einzubinden – versandt hatte. Die Pressemitteilung enthielt darüber hinaus Personalangelegenheiten und hätte in dieser Form wohl nie veröffentlicht werden dürfen.

Man muss sich darauf verlassen können, dass Bezirksstadträte demokratische Verfahren akzeptieren. Egal, ob es um die Errichtung einer Parkbank oder um Rassismus-Vorwürfe geht. Wer das nicht tut, ist fehl am Platz.

# Spreepark soll wieder Dreh- und Angelpunkt werden

Das Riesenrad soll sich ab 2024 wieder drehen und die Werkhalle bis 2026 saniert sein

Stolz gehen Alexander Freier, Vorsitzender der SPD-Fraktion und dessen Stellvertreterin Ana-Maria Träsnea mit dem Mitglied des Abgeordnetenhauses Robert Schaddach, Bezirksbürgermeister Oliver Igel und dem Bundestagsabgeordneten Martin Gerster über das Spreeparkgelände. Ziel des Treffens ist es, den Bund davon zu überzeugen, dass es sich lohnt Geld in die Hand zu nehmen und in den Spreepark zu investieren.

Geplant ist, das Riesenrad zu sanieren. Dieses Wahrzeichen der Stadt haben viele noch in Erinnerung und nicht wenige möchten auch ihren Kindern diesen einmaligen Ausblick auf die Stadt ermöglichen. Durch die Bundesmittel kommt nun buchstäblich Bewegung in die Sache. Das Alleinstellungsmerkmal des Bezirks soll sich in Zukunft wieder drehen.

"Der Ausbau der Werkhalle ermöglicht es, Kunst und Kultur einen neuen Raum im Bezirk zu geben. Gerade in dieser Zeit sehen wir, wie wichtig diese Orte sind", begründet Oliver Igel die Investitionen in Höhe von 6,6 Mio. Euro.

Ana-Maria Trăsnea ist froh, dass sich der Ortsteil Plänterwald entwickelt: "Traditionell gibt es in Plänterwald viele Wohnungen, aber kaum Freizeitangebote. Das ändert sich mit dem Ausbau des Spreeparks und der Öffnung des Eierhäuschens."



Rundgang im Spreepark

schlossen und der Spreepark als Ort für Kunst und Kultur nutzbar sein. Treptow-Köpenick hat dann ein Wahrzeichen zurückgewonnen. Zusammenarbeit auf Kommunal-, Landes- und Bundesebene lohnt sich für die Menschen vor Ort. Viel Unterstützung für die Projekte gibt es in der SPD-Bundestagsfraktion. "Es wäre ein gigantischer Erfolg, wenn der Bund neben der Gemeindeschule in Treptow, der Volkshochschule in Baumschulenweg und dem Dokumentationszentrum NS-Zwangsarbeit erneut Geld in die Hand nimmt um den Treptower Norden als Kulturstandort noch attraktiver zu machen", meint Alexander Freier.

2026 sollen die Bauarbeiten abge-

# "Den Menschen zuhören und sie ernstnehmen"

Ein Gespräch mit Franziska Giffey über Meilensteine, Vorbilder und eine Herzenssache

Berliner Stadtblatt: "Herzenssache Berlin" ist der Titel des Landeswahlprogramms der Berliner SPD. Was macht die Hauptstadt in deinen Augen besonders?

Franziska Giffey: Berlin gehört mit all seinen verschiedenen Facetten zu den attraktivsten Städten Europas und der ganzen Welt. Mit "Herzenssache Berlin" wollen wir an die bisherigen Erfolge anknüpfen und Berlin als lebenswerte Metropole mit Herz und Verstand weiterentwickeln. Das drückt sich in unserem Wahlprogramm aus: Getreu dem Titel bilden die fünf Bs -Bauen, Bildung, Beste Wirtschaft, Bürgernahe Verwaltung und Berlin in Sicherheit – das Herzstück des Programms. Dabei wollen wir eine Stadt, die vor allem sicher und sozial ist. Ein Berlin, das innovativ, zukunftsfähig und ökologisch ist. Wir wollen außerdem eine Stadt in der Vielfalt und Freiheit gelebt wird. eine Metropole der großen Chancen - frei nach dem Motto: Jedes Kind soll es schaffen, seinen Weg zu ge-

Nicht nur das Wahlprogramm der SPD Berlin trägt diesen Namen, sondern auch deine Tour, die Mitte März beginnt.

Ja, auf der "#HerzenssacheBerlin Tour" möchte ich mit den Berlinerinnen und Berlinern ins Gespräch kommen. Durch die besonderen Treffen folge ich meiner Devise, nach der ich Politik mache: Hingehen, zuhören, anpacken. Wenn wir



Franziska Giffey, Spitzenkandidatin der Berliner SPD für die kommende Abgeordnetenhauswahl, tourt durch die Bezirke, um mit den Berlinerinnen und Berlinern ins Gespräch zu kommen. Foto: Nils Hasenau

mit den Menschen in Berlin ins Gespräch kommen, ihnen zuhören, ihre Sorgen und Probleme ernst nehmen und unsere Politik danach ausrichten, bin ich felsenfest davon überzeugt, dass wir einen erfolgreichen Wahlkampf führen werden.

Devise ist das Stichwort. In einem Interview mit der BERLINER STIMME zum Thema Bildung sagtest du einmal: Jedes Kind soll es

packen. Nun haben wir eine Pandemie, befinden uns im Lockdown und bis vor kurzem haben Eltern ihre Kinder noch zuhause betreut und unterrichtet. Ende Februar hat Berlin wieder seine Kitas und Schulen geöffnet. Ein wichtiger Schritt?

Diese Entscheidung haben sich die Vertreterinnen und Vertreter von Bund und Ländern nicht leicht gemacht. Noch vor dem Treffen Anfang Februar habe ich mich für

Öffnungsperspektiven und -schritte ausgesprochen. Zwei Dinge müssen wir dabei immer im Blick haben: das Wohl der Kinder und den Schutz der Gesundheit – für Kinder, Eltern und das Personal. Und eine andere Sache ebenso: Für die Wirtschaft ist entscheidend, dass Mütter und Väter wieder arbeiten und Beruf sowie Familie vereinbaren können – denn eines ist sicher: Kinderbetreuung ist systemrelevant.

Diese Ausgabe des Berliner Stadtblatts beschäftigt sich mit dem Internationalen Frauentag und somit auch mit Gleichstellung in jedem Lebensbereich. So ein Bereich ist beispielsweise die Arbeitswelt, und gerade an den Spitzen deutscher Top-Unternehmen sind Frauen bisher Mangelware. Doch Anfang dieses Jahres gab es doch dazu eine gute Nachricht?

Ja, gemeinsam mit Bundesjustizministerin Christine Lambrecht habe ich ein Gesetz erarbeitet, das die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen an Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst regelt. Und was soll ich sagen: Es ist ein Meilenstein. Wir sorgen dafür, dass es künftig keine frauenfreien Vorstandsetagen in den betreffenden großen deutschen Unternehmen mehr geben wird. Außerdem handeln wir so im Sinne einer zukunftsfähigen, modernen Gesellschaft und schöpfen die Potentiale unseres Landes besser aus.

Leider haben wir über Jahre gesehen: Freiwillig tut sich sehr wenig, und es geht sehr langsam. Dieses Gesetz wird das nun ändern. Qualifizierte Frauen in Führung bereichern das Wirtschafts- und Arbeitsleben, sind Vorbilder. Sie sorgen damit erwiesenermaßen für mehr Erfolg. Die neuen Regelungen schaffen mehr Verbindlichkeit, und der öffentliche Dienst geht mit gutem Beispiel voran.

Fragen: Sebastian Thomas

# Die fünf großen B's der Berliner Sozialdemokratie

Bauen, Bildung, Beste Wirtschaft, Bürgernahe Verwaltung und Berlin in Sicherheit sind die zentralen Themen

**BAUEN** 

Menschen ziehen begeistert nach Berlin und wir heißen sie willkommen. Um denen, die schon hier leben, und denen, die neu hinzukommen, bezahlbares Wohnen zu ermöglichen, muss eine attraktive Stadt Wohnungen bauen.

In unserem Wahlprogrammentwurf 2021 setzen wir uns daher klare Ziele: Wir wollen 200.000 neue Wohnungen bis 2030 bauen. Wir fördern eine soziale, nachhaltige und sichere Verkehrswende durch den Ausbau der E-Mobilität, des ÖPVN und der Sanierung von Rad- und Fußwegen. Und wir werden Mieterinnen und Mieter schützen, Gewerberäume sichern und den Verkehr stadtverträglich regulieren.

Wir begrüßen es, dass der Berliner Senat die Kosten-Nutzen-Analyse für die Verlängerung der U7 beschlossen hat. "Berlin braucht ein leistungsfähiges, hochwertiges und schnelles Verkehrsnetz, damit die Berlinerinnen und Berliner rund um die Uhr zuverlässig an ihr Ziel kommen", sagt SPD-Landesvorsitzende und Spitzenkandidatin Franziska Giffey. Die Verlängerung der U7 bis zur Heerstraße in die eine und bis zum BER in die andere Richtung gehöre deshalb schon lange zu den Forderungen der Berliner SPD. "Ein Hauptstadtflughafen braucht auch eine Hauptstadtanbindung das ist meine Botschaft seit 2015, als ich Neuköllner Bezirksbürgermeisterin wurde." Jeder Ausbau des Liniennetzes in die Außenbezirke hinein sei ein wichtiger Beitrag,

damit Berlin nicht nur in die Dichte und Höhe, sondern auch in die Breite wachsen kann. "Das ist entscheidend für eine gute Zukunft in der Metropolregion Berlin-Brandenburg. So kann auch die klimafreundliche Stadt gelingen", sagt sie abschließend.

#### **BILDUNG**

Bildung ermöglicht Zukunftsperspektiven. Wir richten daher unsere Bildungspolitik auf das zentrale Ziel der Chancengerechtigkeit aus.

Den Weg zu gerechten und fair verteilten Bildungschancen für alle wollen wir weitergehen: Mit Strukturen, die soziale Ungleichheit verhindern und Wert auf gemeinsames Lernen legen. Durch einen Ausbau der Kitaplätze, Digitalisierung in Schulen, Kitas und Hochschulen, bessere Arbeitsbedingungen für Erzieher\*innen und Lehrer\*innen und einer Förderung der Erwachsenenbildung ermöglichen wir gute Bildung für alle. Gesellschaftlichen Herausforderungen wollen wir mit exzellenter Forschung begegnen und Berlin als herausragenden Wissenschaftsstandort stärken.

#### **BESTE WIRTSCHAFT**

Vor dem Ausbruch der Corona-Pandemie hatte Berlin im Bundesvergleich seit über 15 Jahren das höchste Wirtschaftswachstum. Die von der Dienstleistungs-, Kultur- und Tourismusbranche geprägte Berliner Wirtschaft ist von den Auswirkungen der Pan-



Foto: AdobeStock/Pyrosky

demie besonders hart getroffen. Unser Ziel ist es, dass die Wirtschaft wieder auf Erfolgskurs kommt und zu ihrer alten Stärke zurückfindet.

Gute Arbeit heißt für uns, dass gerechte und existenzsichernde Löhne gezahlt werden. Werkverträge, befristete Arbeitsverträge, Minijobs und Leiharbeit müssen die Ausnahme sein, weswegen wir auf die konsequente Vermeidung dieser Arbeitsmodelle und den Abbau prekärer Beschäftigungen hinarbeiten. Denn wir wollen sicherstellen, dass alle an Erwerbsarbeit teilhaben und diese mit den anderen Bereichen ihres Lebens vereinbaren können.

#### BÜRGERNAHE VERWALTUNG

Eine gute Verwaltung ist die Basis für das Funktionieren einer Großstadt.Der öffentliche Dienst ist der Garant für Stabilität und eine tragende Säule unserer Demokratie.

Wir wollen eine gut ausgestattete, gut organisierte, digitalisierte und gestärkte Stadtverwaltung, damit die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unserer Stadt noch besser für alle in Berlin arbeiten können. Dies wollen wir durch einen noch effizienteren Verwaltungsservice, Digitalisierung und Breitbandausbau sowie durch verantwortungsvolle und verlässliche Finanz- und Haushaltspolitik gewahrleisten

#### **BERLIN IN SICHERHEIT**

#### Wer in Berlin lebt, muss sich sicher fühlen können.

Für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten bedeutet Sicherheit nicht nur Schutz vor Kriminalität, sondern auch vor sozialem Abstieg, Armut und gesellschaftlicher Ausgrenzung. Wir wollen, dass alle Menschen in unserer Stadt sicher leben können. Unsere Pläne umfassen die Themen soziale Sicherheit, Justiz und Polizei, Feuerwehr und Rettungsdienste sowie den Kampf gegen Hass, Gewalt, Terror und Vorurteile. Demokratie wird vor Ort gelebt und wir treten für eine starke Demokratie ein.

Mehr zum Wahlprogramm online: # https://spd.berlin/wahl



# "Nach dem Motto handeln: Jetzt komme ich"

Geben Frauen den Ton anders an? Darüber sprach das Berliner Stadtblatt mit zwei weiblichen Berliner Führungskräften

Sie sind beide Frauen, arbeiten in Berlin – und sind Führungskräfte: Barbara Slowik und Stephanie Otto. Erstere ist seit April 2018 Polizeipräsidentin und leitet die größte Sicherheitsbehörde des Landes Berlin. Stephanie Otto ist Vorstandsvorsitzende der Berliner Stadtreinigung (BSR) – dem größten kommunale Stadtreinigungsunternehmen Deutschlands.

"Um anerkannt zu werden, müssen Männer wie Frauen Leistung zeigen. Ich habe als Frau nie das Gefühl gehabt, dass ich mehr leisten muss als ein Mann", sagt Stephanie Otto. Anders äußert sich Barbara Slowik: "Als Frau muss man Spitzenleistungen bringen, um gefördert zu werden." Ausnahmen gebe es, nämlich da, "wo Frauenanteile bewusst erhöht werden sollen, beziehungsweise dort, wo eine Frau für eine Spitzenposition gesucht wird".

Einen Unterschied im Führungsstil der Geschlechter zu verallgemeinern, findet die Polizeipräsidentin jedoch eher schwierig. Würde man das hingegen pauschalisieren, denke sie schon, dass Männer Hierarchien, deutlich mehr leben, "während Frauen vielleicht mehr auf den Teamgedanken setzen". Ein Führungsstil der gegenseitigen Wertschätzung, des Respekts und des Zuhörens, der ihr wichtig ist, sei heute überall gefordert und weit verbreitet. Für Stephanie Otto ist die Frage nach einem Unterschied nicht nur eine Sache des Geschlechts, sondern vor allem der Generation.





Polizeipräsidentin Barbara Slowik (I.) trägt Verantwortung für rund 25.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Stephanie Otto steht der Berliner Straßenreinigung (BSR) mit 6.000 Beschäftigten vor. Fotos: Polizei Berlin / BSR

Ein Chef sei früher jemand gewesen, der vermeintlich alles wusste. "Veränderungen passieren heute so schnell, und es gibt unglaublich viele Informationen. Darum braucht es auch eine andere Art der Führung. Eine Führungskraft muss die Menschen in die Entscheidungsfindung miteinbeziehen, muss Stratege, Lenker, Kommunikator sein."

Angesprochen auf die Frage, was sie Frauen sagen würde, die eine Führungsposition anstreben, antwortet die Chefin der BSR: "Walk the Talk – reden alleine reicht nicht. Unterstützung bekommt nur, wer seine Regeln und Visionen jeden Tag vorlebt. Und Du bist nur so gut wie Dein Team." Barbara Slowik rät dazu: "Trauen Sie sich etwas zu –

viele Frauen hinterfragen oft viel zu sehr Ihre Fähigkeiten." Sie würden Anforderungsprofile Punkt für Punkt durchgehen und kritisch prüfen, was sie wirklich erfüllen und was nicht. "Männer lesen solche Profile, wenn überhaupt, häufig quer. Wenn sie die formalen Anforderungen erfüllen, bewerben sie sich. Frauen könnten mehr in die Offensive gehen und nach dem Motto handeln: Jetzt komme ich." Sebastian Thomas

Ein Interview mit Barbara Slowik und Stephanie Otto finden Sie hier: # https://spd.berlin/ magazin/berliner-stimme/frauenfuehrungskraefte-slowik-otto

## Es macht die Gesellschaft besser

Der Frauentag erinnert die Geschlechter daran, für Gleichstellung zu kämpfen

Was macht den 8. März so besonders? Eine Antwort darauf geben Franziska Giffey, SPD-Landesvorsitzende, und ihre Stellvertreterin Iris Spranger.

Jedes Jahr am 8. März haben wir Frauen Grund zu feiern. Dieses Datum erinnert uns daran, dass Gleichstellung nicht nur ein Wort ist. 2020 brachten wir ressortübergreifend die erste Gleichstellungstrategie des Bundes auf den Weg. Zum allerersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik starteten wir ein Bundesförderprogramm gegen Gewalt an Frauen. Doch es gibt noch viel zu tun. Bereits vor der Pandemie arbeiteten viele Frauen in systemrelevanten Berufsgruppen. Sie halten den sprichwörtlichen Laden am Laufen – jedoch: Wie Männer bezahlt werden sie nicht, obwohl sie in der Krise die meisten Lasten tragen. Deshalb setzen wir uns für Entgeltgleichheit und die Beseitigung der Lohn- und Rentenlücke zwischen Männern und Frauen ein. Genauso sollten Frauen die gleichen Chancen bekommen – in der Wirtschaft, in der Politik, wo sie Führungspositionen besetzen.

Dasselbe gilt in den Familien: Väter und Mütter sollen sich gemeinsam um den Haushalt kümmern und Erwerbs- und Sorgearbeit gerechter aufteilen können. Gleichstellung macht unsere Gesellschaft besser. Dabei sind Frauen und Männer gleichermaßen gefordert, denn nur partnerschaftlich lässt sich wirklich etwas bewegen.

Überdies ist der Frauentag in Berlin ein Feiertag. Dafür hat sich



Iris Spranger (I.) und Franziska Giffey am 5. März 2019 auf einer Pressekonferenz zum Internationalen Frauentag. Berlin hat als erstes und bisher einziges Bundesland den Frauentag zum Feiertag gemacht. Foto: Markus Frenzel

die Berliner SPD eingesetzt und darauf sind wir sehr stolz. Als der Frauentag in Berlin Feiertag wurde, war es schön zu wissen, dass man etwas geschaffen hat, das bleibt. Der Kampf für Frauenrechte ist jedoch noch nicht vorbei: Gewalt gegen Frauen und Mädchen ist aktueller denn je. Längeres und näheres Zusammensein bedeutet für erschreckend viele nicht Langeweile als größte Sorge, wie oftmals behauptet wird, sondern blanke Angst vor den Launen des Partners.

Und wir wollen Parität in den Parlamenten. Wir als SPD sind

überzeugt davon, dass all die Probleme, die eben besonders für Frauen wichtig sind, auf Dauer nur gelöst werden können, wenn diese durch Frauen in den Parlamenten angegangen werden können.

Franziska Giffey Iris Spranger

Ein Interview mit Iris Spranger zu diesem Thema finden Sie online: ## https://spd.berlin/ magazin/berliner-stimme/ interview-frauen-feiertag

## Historie des Frauentags

Historikerin Gisela Notz erzählt von den Hintergründen

Am ersten Internationalen Frauentag am 19. März 1911 gingen unter dem Kampfruf "Heraus mit dem Frauenwahlrecht" mehr als eine Million Frauen in USA, Deutschland, in der Schweiz, in Dänemark und Österreich auf die Straße und forderten soziale und politische Gleichberechtigung für alle Frauen, so war es bei der II. Internationalen Konferenz Sozialistischer Frauen 1910 in Kopenhagen beschlossen worden.

Seitdem haben wir einiges erreicht. Dennoch bleiben Wünsche offen, auch wenn seit 1949 der Grundsatz "Männer und Frauen sind gleichberechtigt" zu den Grundrechten gehört.

"Genossinnen! Arbeitende Frauen und Mädchen! Der 19. März ist euer Tag. Er gilt eurem Recht. Hinter eurer Forderung steht die Sozialdemokratie, stehen die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter. Die sozialistischen Frauen aller Länder fühlen sich mit euch solidarisch. Der 19. März muss euer Ehrentag sein", so war der Aufruf der Sozialdemokratischen Partei und der Freien Gewerkschaften in der "Gleichheit" vom 13. März 1911 überschrieben.

Der Internationale Frauentag wurde zum internationalen Tag des Kampfes der Frauen für politische und ökonomische Rechte, für eine humane, emanzipatorische Gesellschaft; gegen Krieg, Ausbeutung und Entrechtung. 1921 sollte einheitlich auf der ganzen Welt der 8. März der Internationale Frauentag werden.

In den folgenden Jahren erlebte die Frauentagsbewegung Fortschritte, Rückschritte, Erfolge und Niederlagen. Je nachdem, wie es die herrschende politische Meinung wollte, wurde der Internationale Frauentag verboten, geduldet oder gar von oben verordnet.

De facto ging es in der Frauenfrage während der 111 Jahre nur langsam voran. Der Fortschritt der vergangenen Jahrzehnte besteht darin, dass sich Frauen öfter trauen, öffentlich gegen das ungeheuere Unrecht der kapitalistisch-patriarchalen Ordnung anzukämpfen.

Der Internationale Frauentag sollte ein Kampftag bleiben. Denn die soziale Ungleichheit nimmt weltweit zu und die Antwort auf die ganze Frauenfrage, mit der die Forderung zum ersten Internationalen Frauentag verbunden werden sollte, steht auch heute noch aus. Ebenso wie das Ziel, das Clara Zetkin 1911 im Vorfeld zum Frauentag formulierte: "Sein Ziel ist Frauenrecht als Menschenrecht, als Recht der Persönlichkeit, losgelöst von jedem sozialen Besitztitel." Dieses Ziel sei "erst erreicht, wenn die politische Knebelung des gesamten weiblichen Geschlechts [...] ein Ende nimmt." Um darauf hinzuarbeiten, braucht es breite Bündnisse von allen Menschen, die mit den Verhältnissen, so wie sie sind, nicht einverstanden sind. Nach wie vor geht es um den Kampf aller Ausgebeuteten ohne Unterschied des Geschlechtes, gegen alle Ausbeutenden, ebenfalls ohne Unterschied des Geschlechts.

Gisela Notz

# "Was wir brauchen ist ein Kulturwandel"

Gleichstellungssenatorin Dilek Kalayci spricht über Frauen in systemrelevanten Berufen und Führungspositionen

Berliner Stadtblatt: Ob nun als Pflegekraft, medizinische Fachkraft, Erzieherin oder Kassiererin: Frauen schultern in der Corona-Pandemie in systemrelevanten Berufen den größten Anteil der Lasten: Liebe Dilek, glaubst du, dass durch die Krise genannte Berufe aufgewertet werden oder wurden?

Dilek Kalayci: Durch die Corona-Pandemie hat sich erneut die enorme Bedeutung systemrelevanter Berufe gezeigt, die zu einem großen Teil von Frauen geleistet werden. Gerade die SAGHE-Berufe, also Soziale Arbeit, Gesundheit, Hauswirtschaft und Erziehung, gewährleisten eine Fortführung unabdingbarer gesellschaftlicher Abläufe. Um dieser Leistung gerecht zu werden, braucht es nicht nur Applaus, sondern eine Aufwertung dieser Berufe.

Auch vor der Corona-Pandemie hat sich Berlin für eine solche Aufwertung stark gemacht. Die Kampagne "Pakt für Pflege", die von der Senatsverwaltung für Gesundheit, Pflege und Gleichstellung ins Leben gerufen wurde, hat die Aufwertung von Pflegeberufen zum Ziel. Die Unterzeichnenden sind zahlreiche Verantwortliche aus der Pflege- und Gesundheitsbranche, die sich zu konkreten Handlungsschritten zur Verbesserung der Arbeitssituation in der Pflege verpflichten. Konkret in den Bereichen bedarfsgerechter Ausbau der Ausbildung, bessere Vergütung in der Altenpflege und in den Krankenhäusern.



Gleichstellungssenatorin Dilek Kalayci wünscht sich Unternehmen, die die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu ihrer Sache machen und die passende Lösung dafür selbst entwickeln.

Foto: SenGPG/Nils Bornemann

Zusätzlich dazu strebt Berlin eine deutliche Aufstockung des Pflegepersonals an. Bundesweit wurde die Ausbildungsoffensive in der Pflege gestartet, die die notwendig gewordene Umstrukturierung und die Verdopplung der Ausbildungszahlen aus dem Pakt für Pflege vorantreibt. Zudem hat die Tarifgemeinschaft der Länder (TdL), in

der Berlin ein Mitglied ist, den Sozial- und Erziehungsdienst deutlich aufgewertet: die Einkommen von Erzieherinnen und Erziehern sowie Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen wurden ab 2020 grundsätzlich verbessert.

Obwohl damit schon wichtige Schritte getan wurden, müssen weitere Maßnahmen folgen, die die Aufwertung der systemrelevanten Berufe vorantreibt.

Anfang dieses Jahres beschloss die Bundesregierung eine Frauenquote in Unternehmensvorständen. Wie sieht es im Vergleich mit den Frauen in Führungspositionen im öffentlichen Dienst des Landes Berlin aus?

In der öffentlichen Verwaltung hat das Landesgleichstellungsgesetz (LGG) Früchte getragen: In den obersten Landesbehörden zum Beispiel stieg der Frauenanteil in den vergangenen 20 Jahre in den Referatsleitungen von 17 auf 47 Prozent und in den Abteilungsleitungen von 10 auf 44 Prozent. Seit der LGG-Novelle 2010 gilt das LGG auch für die Berliner Landesunternehmen.

In Anstalten des öffentlichen Rechts und Beteiligungsunternehmen konnte Berlin den Frauenanteil der von Berlin zu besetzenden Mitglieder in den Aufsichtsräten auf 53 Prozent steigern, und bei den Vorstands- und Geschäftsleitungspositionen sind inzwischen knapp 39 Prozent erreicht worden. Das ist eine insgesamt sehr erfreuliche Entwicklung. Im Vergleich zu den Zahlen im Bund steht das Land Berlin, besonders bei den Geschäftsführungs- beziehungsweise Vorstandspositionen sehr gut da. Während im Bund nur 15,2 Prozent der Stellen mit Frauen besetzt sind, sind es in Berlin 41,5 Prozent.

Wie können oder sollten Berliner Unternehmen zu einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf beitragen?

Die Träger der Kampagne "Gleichstellung gewinnt", also die Senatsverwaltung für Gesundheit, Pflege und Gleichstellung gemeinsam mit der Handwerkskammer Berlin und der IHK Berlin, stehen auf dem Standpunkt: Wir haben in der Berliner Wirtschaft gut bewährte Lösungsstrategien und immer neue innovative Vorbilder – für kleine Betriebe, für große Unternehmen, ob in der IT-Branche oder in einem klassischen Handwerk. Unbestritten ist, dass manche Unternehmen dafür weniger Gestaltungsspielraum haben als andere. Das kann finanzielle oder zeitliche Gründe haben und an den besonderen Anforderungen der Branche selbst liegen. Was wir brauchen, sind mehr Unternehmen, die die Vereinbarkeit wirklich zu ihrer Sache machen und die passende Lösung für sich selbst entwickeln, sprich: einen Kulturwandel.

Fragen: Sebastian Thomas

Das vollständige Interview online:

### https://spd.berlin/
magazin/berliner-stimme/
frauentag-kalayci/



# Das Ideal der Berliner SPD ist eine bezahlbare Stadt

Warum der SPD-Landesvorsitzende Raed Saleh in der Corona-Krise nicht sparen möchte, erzählt er im Stadtblatt-Interview

Berliner Stadtblatt: Das Wahlprogramm der SPD Berlin enthält neben den bekannten fünf B's auch Themen, die vielleicht nicht alle unmittelbar betreffen, jedoch trotzdem enorm wichtig sind: Welche sind das, und warum?

Raed Saleh: Es ist ganz wichtig, dass wir eine gute Balance zwischen Außen- und Innenstadtbezirken hinbekommen. Das ist für mich, genauso wie die Frage der Nachhaltigkeit und des Klimaschutzes, eine Querschnittsaufgabe. In allen Bereichen müssen wir also auch die Außenbezirke oder die Nachhaltigkeit mitdenken. Beispielweise bei den fünf B's, die du gerade erwähnt hast. Hier ist für mich sehr wichtig, dass wir gerade auch in den Außenbezirken ein gutes Stück weiterkommen: also bessere Bildung, mehr Bauen, noch bessere Wirtschaft, mehr Sicherheit und vor allem auch Sauberkeit der Kieze, beschleunigte Verfahren in den Ämtern. Ein weiteres Thema, das mir persönlich sehr am Herzen liegt, sind die vielen Tausend Kleingärten in der Stadt. Diese müssen wir schützen und erhalten.

Berlin war vor der Corona-Lage an der Spitze des Wirtschaftswachstums in Deutschland: Du willst dahin nach der Krise zurückkehren – wie?

Wir bekommen eine weiterhin wachsende Wirtschaft nur hin, wenn sich die Wirtschaft bei uns auch wohlfühlt. Dafür arbeitet die SPD seit vielen Jahren. Franziska Giffey und ich haben immer gesagt,

dass wir den roten Teppich für neue Investoren ausrollen werden. Und das ist in der Tat wortwörtlich zu verstehen: Bei uns finden Unternehmenschefs immer ein offenes Ohr. Wir werden alles Mögliche möglich machen, damit neue Arbeitsplätze in Berlin entstehen. Siemens Energy, Tesla oder auch BASF sind da gute Beispiele, wie es zuletzt sehr gut geklappt hat. Wer bei uns Geld investieren will, der bekommt von uns die volle Unterstützung. Es muss nur eines gewährleistet sein: Die Löhne müssen fair und die Arbeitsbedingungen korrekt sein.



66

Raed Saleh

Die SPD Berlin denkt soziale und innere Sicherheit zusammen – warum ist das so wichtig?

Nur wenige Menschen können sich ihre Sicherheit selbst leisten. Aber die meisten Menschen sind dafür auf einen starken Staat angewiesen. Ob ich mich sicher fühle, fängt im Kopf an. Deswegen ist



Der SPD-Landesvorsitzende Raed Saleh möchte Unternehmen unterstützen: Voraussetzung dafür sind laut seiner Aussage faire Löhne und korrekte Arbeitsbedingungen

die subjektive Sicherheit genauso wichtig. Mehr Streifen in den U-Bahnhöfen, mehr Kontaktbereichsbeamte, mobile Wachen sind dafür die Voraussetzung. Für mich gehört tatsächlich beides zusammen: die Sicherheit der Menschen in ihrem Kiez und die soziale Sicherheit. Genauso wie sich Menschen auf der Straße sicher fühlen müssen, müssen sie Vertrauen in ihre wirtschaftliche und soziale Lage haben. Dazu gehört, dass die Berlinerinnen und Berliner nicht Angst haben müssen, aus ihren Kiezen vertrieben zu werden. Sie dürfen nicht ständig Arbeitslosigkeit oder immer höhere Lebenskosten fürchten müssen. Deswegen setzen wir uns ja eben auch für eine starke Berliner Wirtschaft ein und haben etwa die Bildung – von der Kita bis zur Uni – komplett gebührenfrei gemacht. Unsere Vision von der bezahlbaren Stadt ist für uns das Leitbild für mehr soziale Sicherheit für alle.

In der Pandemie-Lage betonst du immer wieder: "In der Krise muss investiert und nicht gespart werden!" Was bedeutet das, vor allem für Berliner Familien?

Wir können es momentan überall beobachten - die Corona-Krise trifft uns alle. Wirtschaftlich sind manche aber besonders hart getroffen. Die Beschäftigten in der Gastronomie, dem Tourismus, die vielen Angestellten im Einzelhandel, Unternehmerinnen und Unternehmer in den verschiedensten Branchen, all die Menschen in der Kultur, die Berlinerinnen und Berliner, die unsere weltweit bewunderten Clubs betreiben und viele mehr. Ihnen allen müssen wir Perspektiven bieten, und wir müssen Vertrauen schaffen. Wir werden alles uns Mögliche tun, um die wirtschaftliche Existenz aller Menschen in unserer Stadt abzusichern. Vor allem müssen wir uns da natürlich um die Familien kümmern. Es darf nicht sein, dass die Viruspandemie die Startchancen für viele Kinder verschlechtert.

Ganz klar, wir wollen und wir werden auch weiterhin für alle Berliner Kinder und alle Bürgerinnen und Bürger kämpfen, damit niemand benachteiligt wird. Es geht um die Zukunft all der wunderbaren Menschen in unserer Stadt.

Fragen: Sebastian Thomas

Das vollständige Interview online:

## https://spd.berlin/
magazin/berliner-stimme/
bezahlbare-stadt-saleh/



# Nicht hereinfallen

Gespräch mit Stefanie Elies (Friedrich-Ebert-Stiftung)

Berliner Stadtblatt: Rechte Akteurinnen und Akteure machen in der Corona-Pandemie gegen ein modernes Familienbild mobil. Das war jedoch schon vorher der Fall. Was ist in der Corona-Krise anders?

Stefanie Elies: Die Corona-Krise ist eine Zeit der Verunsicherung, die sich Rechtspopulist:innen zunutze machen. Es ist auch eine Zeit, in der Verschwörungsmythen Hochkonjunktur haben, wie wir bei den Demos gegen die Corona-Maßnahmen gesehen haben. Rechte Akteurinnen und Akteure nutzen diese Tendenzen, um ihre antifeministischen Ideologien zu verbreiten und neue Allianzen zu schaffen.

Mit Blick auf die Lockdowns sprechen Teile der Wissenschaft in Bezug auf Geschlechtergerechtigkeit von einem "Rollback"...

Im Lockdown bleibt die Fürsorgeund Erziehungsarbeit in den Familien vor allem wieder an den Frauen hängen. Zwar zeigt sich, dass Männer inzwischen mehr zu gerechterer Verteilung dieser Aufgaben beitragen, aber die Hauptlast der unbezahlten Sorgearbeit liegt nach wie vor bei den Frauen.

Am Anfang der Pandemie gab es großes Verständnis in der Bevölkerung für das Regierungshandeln. Im Verlauf der Pandemie nahm dies jedoch ab – das zeigte sich insbesondere auf Corona-Demos. Wie erklären Sie sich diese Entwicklung?

# Schnellschuss vermeiden

Die Hälfte der Macht für Frauen muss auf rechtssicheren Füßen stehen

Bei den derzeitigen komplexen Frauen stellen gut die Hälfte der Herausforderungen wächst bei Bevölkerung, dennoch wird Polivielen das Bedürfnis, Schuldige tik mehrheitlich von Männern geauszumachen, und das sind oft "die macht. Im Berliner Abgeordne-Politik" oder "die da oben". Diese tenhaus ist die Quote der Frauen Vereinfachungen erklären auch, ständig gesunken - von 39,6 Prowarum plötzlich so unterschiedliche zent im Jahr 2006 auf 33,1 Progesellschaftliche Gruppen bei den zent im aktuellen Parlament. Corona-Demos nebeneinander auf-Doch viele Entscheidungen haben tauchen: So unterschiedlich ihre Auswirkungen auf Frauen. Wir Beweggründe sind, sie haben ein müssen die Aufgabe lösen, wie gemeinsames Ventil für ihren Unwir diese Unterrepräsentanz von mut und teilen das gleiche Feind-Frauen im Parlament verringern bild, die Corona-Maßnahmen. können.

Auf den Demos wurden auch Fami-

lien gesichtet - Seit' an Seit' mit

Rechtsextremist:innen. Warum ver-

fangen hier Vorstellungen eines rück-

Tendenzen zur Retraditionalisie-

rung von Rollenbildern und zum

Antifeminismus sind in der Mitte

der Gesellschaft durchaus an-

schlussfähig, wie unsere Studien

zeigen. Rechtsextreme und -popu-

listen haben bei den Demos auch

eine neue Strategie an den Tag ge-

legt, indem sie ihre Propaganda

und Mobilisierung unter dem Deck-

mantel des Kindeswohls tarnen.

Hier muss man aufpassen, dass

besorgte Eltern nicht auf diese

Fragen: Sebastian Thomas

magazin/berliner-stimme

# https://spd.berlin/

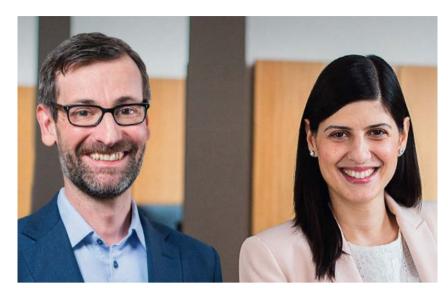
antifeminismus-corona

Taktiken hereinfallen.

wärtsgewandten Familienbildes?

Ein Instrument für gleichberechtigte Teilhabe im Parlament ist ein Paritätsgesetz. In Frankreich wurde ein solches Gesetz bereits vor über 20 Jahren durch eine Verfassungsänderung eingeführt. Versuche in Brandenburg und Thüringen, ein solches Gesetz auf den Weg zu bringen, sind im vergangenen Jahr vor den jeweiligen Verfassungsgerichten gescheitert. "Die Vorgabe einer paritätischen Besetzung von Landeslisten verletzt die passive Wahlrechtsgleichheit von Kandidatinnen und Kandidaten", so die Brandenburger Verfassungsrichter:innen. Damit scheidet nach unserer Auffassung eine Lösung aus, die gesetzliche Vorgaben an die Parteien zur geschlechterquotierten Aufstellung der Kandidat:innen macht.

Das Grundgesetz sagt: "Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechti-



Sven Kohlmeier und Derya Çağlar arbeiten an einem rechtssicheren Paritätsgesetz mit.

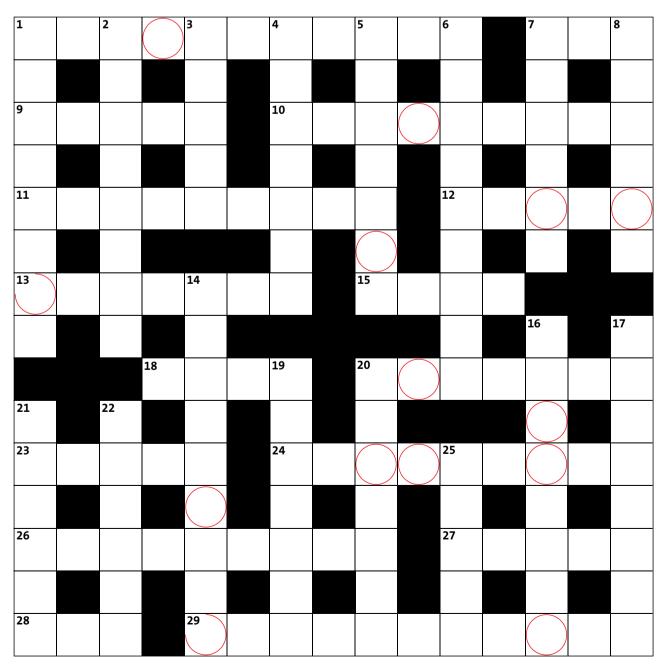
gung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin." Dieser Gleichheitsgrundsatz macht es erforderlich, dass der Gesetzgeber aktiv wird und die vielfältigen strukturellen Benachteiligungen von Frauen verringert und abbaut.

Die Urteile in Brandenburg und Thüringen machen die Herausforderung deutlich, vor der wir stehen. Die beste Lösung wäre eine Verfassungsänderung. Diese ist leider weder auf Bundes- noch auf Landesebene mehrheitsfähig. Deshalb wollen wir auf Landesebene mit einem Landesgesetz tätig werden. Dabei hilft es niemandem, ein Gesetz zu verabschieden, welches sich später als verfassungswidrig herausstellt. Gemeinsam mit Jurist:innen und Fachpolitiker:innen aus Fraktion und Partei beraten wir seit Monaten, um für Berlin eine rechtssichere Lösung zu erreichen. Dabei sind wir auf einem guten Weg und können bald Ergebnisse präsentieren.

Diese werden in der Gesellschaft vielfältig diskutiert werden, und das ist auch gut so. Natürlich ist heute schon absehbar, dass die konservative und rechte Fraktion im Berliner Parlament mehr Beteiligung von Frauen im Parlament ablehnen und gegen ein Berliner Gesetz klagen werden. Deshalb gilt für uns: Besser rechtssicher als ein verfassungswidriger Schnellschuss.

> Sven Kohlmeier, MdA Derya Çağlar, MdA

# BERLINER STADTBLATT PREISRÄTSEL



UNTER DER EINSENDUNGEN MIT DEM RICHTIGEN LÖSUNGSWORT VERLOSEN WIR DREI EXEMPLARE DES BUCHS "YOUNG REBELS" · MEHR ÜBER DAS BUCH AUF SEITE 7

#### **WAAGERECHT**

Umlaut = 1 Buchstabe fS = SS

- Meistens (leider) Frauensache
- Traute
- Koseform von Heinrich
- 10 8. März
- 11 Blechschaden folgt
- 12 Nachbar im Osten
- 13 so sollte es zwischen Männern und Frauen zugehen
- 15 Besch ... ss
- 18 um seine Gleichheit kämpfen Frauen seit Jahrhunderten Arbeiter, der mit flüssigem
- Metall umgeht nie zu niedrig, oft zu hoch
- umweltfreundliche Folie aus Cellulose
- 26 radikaler Zweifel, Ablehnung
- sie gehört zu den höchsten Laubbäumen in Europa
- 28 Berliner Kindl
- 29 Schnaps, Zigaretten, Cannabis

**MITMACHEN!** 

16 Deutschlands Nachbar im Südosten

> Obst und Gemüse für Salatverächter

schwach, vorsichtig

oder vom Zehner

erste Bundestags-

25 österreichische Sahne

präsidentin

entweder in der Schüssel

Kopie, Replikat

In die richtige Reihenfolge gebracht ergeben die rot umkreisten Buchstaben eine politische, wirtschaftliche und soziale Selbstverständlichkeit, um die (leider) noch gestritten werden muss.

Bitte schicken Sie das Lösungswort auf einer Postkarte bis 31.03.2021 per Post an:

> **SPD** Berlin **Berliner Stadtblatt** Müllerstraße 163 13353 Berlin

oder per E-Mail an: berliner.stadtblatt@spd.de

Unter allen richtigen Einsendungen verlosen wir drei Exemplare des Buchs "Young Rebels" von Benjamin und Christine Knödler, illustriert von Felicitas Horstschäfer.

Zu diesem Buch finden Sie auf Seite 7 eine Rezension.

Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

#### **SENKRECHT**

*Umlaut* = 1 *Buchstabe* fS = SS

- Schuppenkriechtier
- Wurmkraut
- heidewüchsiger Frauenname
- kluger Vortrag spüren, wittern
- Dachhaut 6
- Industriegewerkschaft mit 420.000 Frauen
- gute Eigenschaft
- französisches Frühstücksgebäck

# Mit der Buslinie 24 von Haifa nach Nahariya

Das außergewöhnliche Leben der Berliner Jüdin Jael Botsch-Fitterling

Eine gemütliche, 90 Jahre alte, mit Büchern vollgestellte Wohnung in der Künstlerkolonie am Breitenbachplatz. Wir sind in der Berliner Geschäftsstelle der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit mit der jüdischen Vorsitzenden verabredet. Jael Botsch-Fitterling ist die wohl prominenteste Vertreterin der wachsenden jüdischen Gemeinschaft in Berlin. Die engagierte Sozialdemokratin hat eine ganz besondere Biografie.

Jael Botsch-Fitterling hat sowohl von Geburt die palästinensische, nach der Staatsgründung die israelische und rückwirkend von Geburt an die deutsche Staatsbürgerschaft. Ihr Vater Walter Schachtel, geboren 1907, war ein richtiger "Berliner Jung". Er wurde Wirtschaftsjournalist, erlebte die Straßenschlachten mit den Nazis und wusste: Wenn Hitler an die Macht kommt, setzt er um, was er in "Mein Kampf" den Juden angedroht hatte. Im Mai 1933 wanderte der Junggeselle ins britische Mandatsgebiet Palästina aus. Er wurde Fahrer der Buslinie 24 von Haifa nach Nahariya an der Grenze zum Libanon. Eine junge Frau, die ihr Medizinstudium in Hamburg hatte abbrechen müssen, fuhr oft mit. Sie verliebten sich, heirateten, vier Söhne und eine Tochter kamen zur Welt. Jael wurde 1941 in Jerusalem geboren.

Als Deutschland zehn Jahre nach dem Krieg die Juden zur Rückkehr einlud, packte die Familie Schachtel



Jael-Botsch Fitterling kommt im Jahr 1941 zur Welt. Das kleinere Bild zeigt sie als Kind. Sie sitzt auf dem Fahrersitz der Buslinie 24. Diesen Bus hat ihr Vater damals von Haifa nach Nahariya gesteuert.

Fotos: Ulrich Rosenbaum/Privat

die Sachen und ging über Paris nach Frankfurt. Vater Walter hatte in seinem alten Beruf zwar wenig Glück, fand aber Anstellung bei der Stadt Frankfurt. Jael machte ihr Abitur, begann in Frankfurt zu studieren, doch dann zog es sie an die FU Berlin. Sie war in der 68er-Bewegung aktiv, war Mitbegründerin des Republikanischen Clubs, war nach dem Examen vierzig Jahre Lehrerin in Steglitz, zunächst am Fichten-

berg-Gymnasium und zuletzt an der Kopernikus-Gesamtschule Studiendirektorin für Biologie, Physik und Chemie an Steglitzer Gymnasien.

Aus ihrer ersten Ehe mit dem Radiologen Hanno Botsch vom Klinikum Steglitz stammen zwei Söhne. Micha ist Kinderarzt in Gropiusstadt, Gideon als Professor an der Uni Potsdam Experte für Antisemitismus und Rechtsextremismus. In zweiter Ehe ist Jael Botsch mit dem Politikwissenschaftler Dieter Fitterling verheiratet. Beide wurden bekannt mit dem Projekt der Spiegelwand nahe dem Rathaus Steglitz und der einstigen Wolfenstein-Synagoge, die die Namen der von den Nazis ins Gas geschickten Mitbürger:innen auflistet. Es war nicht einfach, das Vorhaben gegen fadenscheinige Argumente der CDU durchzusetzen.

Schon als Studentin hat sich Jael Botsch-Fitterling für die christlich-jüdische Zusammenarbeit engagiert. Und auch in der jüdischen Gemeinde in den Zeiten des legendären Heinz Galinksi. Sie war in der Gemeinde für das Bildungswesen zuständig und wesentlich an der Gründung einer jüdischen Grundschule beteiligt.

Wie kommt sie mit der durch russische Einwanderer erheblich angewachsenen jüdischen Gemeinde heute klar? "Ich bin Demokratin", sagt sie, auch wenn sie am Ende vergebens für die Repräsentantenversammlung wiederkandidiert hatte. Wichtig ist ihr, dass das Judentum in Berlin unter dem Strich liberal ausgerichtet ist.

Und wie steht es um den Antisemitismus heute? Kann man in Berlin als Jude sicher leben? "Manchmal denke ich nach, ob das für meine Enkel noch der richtige Ort ist." Als sie noch in Steglitz Schüler unterrichtete, gab es keine Probleme. Sie hat mehrfach Schüler-Reisen nach Israel organisiert, die sehr gefragt waren. Sie sind auch immer nach Nahariya gefahren. "Dann war ich dort eine Deutsche", sagt sie. "Aber im Herzen bin ich immer Israelin geblieben."

In diesem Sommer wird Jael Botsch-Fitterling 80 Jahre alt und darf auf ein ganz besonderes Schaffen zurückblicken.

Ulrich Rosenbaum

## Lehrkraft und Elternteil in einem

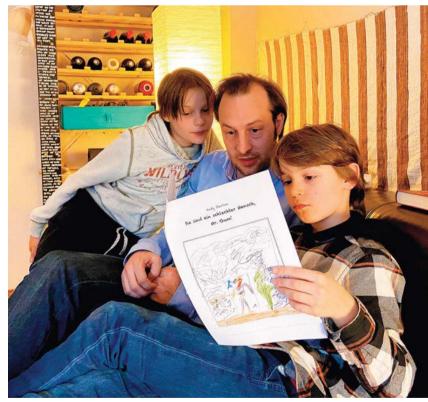
Bei Anselm Mattes und Bettina Keller trifft Homeoffice auf Homeschooling

Im Hause Mattes und Keller gibt es an diesem Tag Ratatouille, Reis und Schupfnudeln zum Mittag – vorgekocht. "In der Pandemie haben wir es uns zur Gewohnheit gemacht, einmal die Woche groß einkaufen zu gehen und das Mittagessen für jeden Tag bereits am Wochenende vorzubereiten", erklärt Anselm Mattes. So wolle die Familie viele Kontakte vermeiden.

Seine beiden Söhne Jakob und Konrad decken derweil den Tisch. Normalerweise wären sie um diese Zeit in der Schule: Jakob in der sechsten, Konrad in der vierten Klasse. Doch durch die Pandemie ist das öffentliche Leben in Berlin nicht zum ersten Mal weitestgehend heruntergefahren, was für Familien bedeutet: Homeoffice und Homeschooling.

Anselm Mattes und seine Freundin Bettina Keller arbeiten beide in Vollzeit – sie als Professorin an der Freien Universität Berlin und er bei einem Beratungsunternehmen. "Vor knapp einem Jahr wurden unsere Jobs quasi über Nacht fast vollständig auf Videokonferenzen umgestellt. Im Prinzip können wir beide gut von zuhause aus arbeiten.", erklärt der 40-Jährige. Nur Bettina Keller muss für manche Sachen noch zur Universität fahren.

Bei der Kinderbetreuung fanden beide auch schnell eine Lösung: "Am Anfang haben wir uns tageweise bei der Schulunterstützung unserer Kinder abgewechselt", erzählt Anselm Mattes. Die Umstellung auf Homeschooling war jedoch, wie er sagt, mühsam: "Wir bekamen von fünf bis sechs Lehr-



Aushilfslehrer und Elternteil in Personalunion: Vater Anselm Mattes löst zusammen mit seinen beiden Söhnen Schulaufgaben. Foto: Sebastian Thomas

kräften für zwei Kinder Aufgaben zugeschickt – auf unterschiedlichen Kanälen zu verschiedenen Zeitpunkten mit wechselnden Fristen." Das habe viel Zeit und Nerven gekostet, auch weil ständig seine Kinder in der Tür standen und nicht weiterwussten. "Es war anstrengend, neben dem eigentlichen Beruf Aushilfslehrer zu sein", sagt er. Unterstützung erhielten sie zu diesem Zeitpunkt von Bettinas Vater: Er übernahm mehrmals in der Woche den Matheunterricht – per Videokonferenz aus Stuttgart. "Die Heimbeschulung funktioniert seit

dem erneuten Schließen der Schulen Ende 2020 etwas besser als am Anfang", erzählt Anselm Mattes. "Die meisten Lehrkräfte sind besser organisiert, es gibt klarer strukturierte Wochenpläne, teils regelmäßige Videokonferenzen, festere Rückmeldekanäle und Fristen."

Mittlerweile bekommen seine Kinder die Schularbeiten auch weitestgehend allein hin. Das Mittagessen ist inzwischen vorbei: Anselm Mattes erwartet die nächste Videokonferenz, seine Kinder lösen währenddessen weiter Schulaufgaben.

Sebastian Thomas

## Die Welt verändern

Das Buch "Young Rebels" erzählt von jugendlichem Mut

Ein 15-jähriges Mädchen setzt sich am 20. August 2018 mit einem weißen Schild vor das schwedische Parlament. Darauf steht: "Skolstrejk för klimatet – Schulstreik für das Klima". Durch die Aktion löst sie eine weltweite Klimabewegung aus.

Fünf Monate zuvor spricht eine 18-jährige US-Amerikanerin auf dem "March for Our Lives" in Washington D.C.. Ihre Rede dauert sechs Minuten und 20 Sekunden – genau so lange, wie der Amoklauf am 14. Februar 2018 an ihrer Schule. Durch ihren Protest werden später die Waffengesetze in ihrem Heimatbundesstaat Florida verschärft.

Eine elfjährige Pakistanerin bloggt am 3. Januar 2009 zum ersten Mal für die englische BBC über den Alltag unter dem Regime der Taliban. Sie macht sich für die Rechte von Mädchen stark – vor allem für deren Recht auf Bildung. 2012 überlebt sie schwer verletzt ein Attentat der Terrorgruppe, doch: Sie macht weiter. Zwei Jahre später erhält sie den Friedensnobelpreis.

Die Namen: Greta Thunberg, Emma González und Malala Yousafzai. Die drei Mädchen eint eine Eigenschaft: Alle drei sind junge Rebellinnen – "Young Rebels". Das gleichnamige Buch aus dem Hanser Verlag beleuchtet neben den drei genannten Aktivistinnen den Werdegang 22 weiterer Jugendlicher. Junge Menschen, die die Welt verändern.

Benjamin Knödler, Online-Redakteur bei der Wochenzeitung *der Freitag*, hat den Band zusammen mit seiner Mutter und Publizistin

Christine Knödler geschrieben. Die Illustration des Buches übernahm die freischaffende Designerin Felicitas Horstschäfer. Die Kombination aus journalistischem Schreiben und eindrucksvollen Abbildungen zahlt sich aus: Die Beiträge zu den einzelnen Aktivistinnen und Aktivisten sind spannend geschrieben, jeder neue Buchabschnitt wartet am Anfang mit einem ganzseitigen Porträt der Aktivistin, des Aktivisten auf, eine Zusammenfassung in jedem einzelnen Kapitel verschafft der Leserin, dem Leser einen Überblick. Kurzum: Es macht das gesamte Werk einfach lebendig.

Die Geschichten an sich erzählen gemäß dem Titel auch von jungem Rebellentum. Dabei wird deutlich, dass die Gründe für das jugendliche Aufbegehren jedes Mal verschieden sind: Mal möchte der junge Mensch, dass endlich mit einer unsäglichen Sache Schluss gemacht wird (Greta Thunberg), andernorts hat der berühmte Tropfen das Fass zum Überlaufen gebracht (Emma González), mal ist eine junge Frau das Opfer der sie umgebenden Lebensumstände, was sie zum Widerstand bringt (Malala Yousafzai). Was alle Jugendlichen hingegen gemeinsam haben, ist Mut. Eines ist nach der Lektüre sicher: Vieles ist von diesen Jugendlichen noch zu erwarten.

Sebastian Thomas

Young Rebels – 25 Jugendliche, die die Welt verändern! Benjamin Knödler, Christine Knödler, illustriert von Felicitas Horstschäfer. Hanser Verlag 2020. 192 Seiten. 18,00 Euro

#### **KURZ NOTIERT**

#### **UNGEWOHNTE STILLE**

Treptow-Köpenick hatte und hat Naturschauspiele der besonderen Art. Nicht unbeobachtet bestaunen die vielen auf Abstand suchenden Naturliebhaber\*innen die Vielfalt an Natur in unserem Bezirk.

Gleichzeitig fällt etwas besonders auf: Die ungewohnte Stille. Ungewohnt, da plötzlich Vogelgezwitscher, Rauschen der Blätter, Knacken der Äste, Springen der Fische und der wunderbare Flug der Schwäne zu einem Augen-und Ohrenerlebnis werden. Ungewohnt, da kein Fluglärm diese Stille trübt.

Die SPD Treptow-Köpenick hält an der Forderung zum Nachtflugverbot von 22.00 bis 6.00 Uhr fest. Natur und Mensch haben die Stille verdient.

#### **TEMPO RUNTER – KIDS FIRST**

Auf Initiative der SPD-Fraktion Treptow-Köpenick ist der Beschluss durch die Bezirksverordnetenversammlung gefasst worden, in der Schönblicker Landstraße in Rahnsdorf/Wilhelmshagen ein Tempolimit von Tempo 30 anzuordnen. Eine Gefahrenquelle durch den Autoverkehr für die dort ansässige Kindertagesstätte kann somit ausgeräumt werden.

Die Bezirksverordnete Dunja Wolff dazu: "Ich danke dem Bürgerverein Wilhelmshagen/ Rahnsdorf e. V. für seine bisherigen Bemühungen in dieser Angelegenheit. Durch einen konstruktiven Austausch und dem daraus entstandenen Antrag hoffe ich nun, dass die Umsetzung zügig erfolgt. Im Umfeld einer Kita oder Schule muss das Tempo 30 ohne Wenn und Aber durchgesetzt werden. Zudem können sich Anwohner über den künftigen Lärmschutz

#### **PROGRAMM WIRD BILANZ**

Was die SPD-Fraktion in der BVV Treptow-Köpenick erreicht hat, wird in Kürze in einer Bilanz veröffentlicht.

Haben Sie Interesse an der Broschüre? Dann schreiben Sie an: bilanz@spd-fraktion-tk.de. Sofort nach der Veröffentlichung erhalten Sie die Broschüre.

# Klimaschutzprojekt startet 2021

Alt-Treptow: Klimabewusst und klimaneutral in die Zukunft und im Alltag integriert

Der öffentliche Raum erfüllt immer noch hauptsächlich die Funktion von Fahrstraße, Parkplätzen bzw. Parkraum. Weitere Flächen im urbanen Raum sind bis heute "pflegeleicht" versiegelt. Durch den Siegeszug von Shopping-Malls und Supermärkten seit Anfang der 1990er-Jahre sind klassische Ladenstraßen, die über Jahrzehnte hinweg die Lebensadern von Quartieren darstellten und Begegnung und Miteinander ermöglichten, verödet.

Dies beschreibt viele Stadtteile in Berlin. Sie alle stehen vor der Herausforderung, in eng bebauten Kiezen klimaneutral zu werden. Doch so leicht ist das nicht.

Engagierte Menschen in der KungerKiez-Initiative haben die Vision für Alt-Treptow beantwortet. Vier Maßnahmenpakete beschreiben das zukünftige Kiezleben. Dafür wird die Mobilität im Kiez neu gedacht: Lastenräder werden angeschafft, Spielstraßen geschaffen und Verkehrssicherheit verbessert. Berlin ist eine vergleichsweise grüne Metropole. Damit das so bleibt, sieht das Projekt vor, Stadtnatur zu pflegen und sichtbarer zu machen.

Der dritte Punkt im Konzept ist eher für die Zeit nach Corona, aber: "Wo Menschen leben, sollen sie auch zusammen sein – und zwar nachhaltig", findet Alexander Freier, SPD-Fraktionsvorsitzender. Konkret heißt das, u.a. Kiezläden zu



Foto: Katharina Stillisch

stärken. Veranstaltungen klimaneutral durchzuführen und Bildungsangebote zu schaffen. Öffentliche Räume müssen für die Menschen im Kiez bereit stehen.

Für Mitsprache ist ebenfalls gesorgt. Ein Klimaparlament soll ebenso zum Mitmachen anregen wie eine niedrigschwellige Unterstützung für neue Projekte. Oliver Igel, Bezirksbürgermeister: "Das ist ein

rundum gelungenes Projekt. Ich freue mich, wenn wir die gewonnenen Erkenntnisse auf andere Ortsteile anwenden können."

Alexander Freier, selbst aus Alt-Treptow, hat sich deshalb zusammen mit dem Bezirksbürgermeister Oliver Igel und der stellvertretenden SPD-Fraktionsvorsitzenden Ana-Maria Trăsnea für dieses Projekt eingesetzt. Insgesamt 1,5 Mio. Euro fließen aus den Mitteln für den Nationalen Klimaschutz des Bundes nach Treptow-Köpenick.

Alexander Freier: "Ich freue mich riesig. Unsere Nachbarschaften leben vom Mitmachen, und dass ein bundesweit einmaliges Projekt in Alt-Treptow in dieser Größenordnung unterstützt wird, zeigt, wie toll die Menschen vor Ort sind und wie anerkannt ihr Engagement ist."

## Linie in die Innenstadt

BVV schließt Beratung am 25. März ab

Großes öffentliches Interesse in den Medien und viel Zustimmung erfuhr im September 2020 ein Antrag der SPD-Fraktion Treptow-Köpenick:

Das Bezirksamt soll mit den zuständigen Stellen und der BVG die Einrichtung eines emissionsfreien Linienverkehrs mit dem Schiff prüfen - z. B. von der Fähre Wendenschloss/Grünau über die Altstadt Köpenick und weitere Stationen nach Mitte und darüber hinaus bis Angebot soll eine Alternative zum

Pkw-Verkehr entstehen. Katamarane mit Solarantrieb, die 20 km/h schnell sind, werden in Rostock gebaut. Die Geschwindigkeitsbegrenzung auf Wasserstraßen kann nach § 21.04 der Binnenschifffahrtsstraßenordnung für den Linienbetrieb problemlos aufgehoben werden. Damit wäre die Innenstadt in einer Stunde zu erreichen. Eine Zeit, die im Berufsverkehr auch mit dem Auto einkalkuliert werden muss. Zur Zeit laufen die Ausschussbera-Charlottenburg sowie durch den tungen hierzu. Voraussichtlich am Beteiligung zu befähigen, selbstbe-Teltowkanal bis Steglitz. Mit diesem 25. März wird die BVV einen Bestimmt ihr Leben aktiv zu gestalten schluss dazu fassen.

# Versprochen – gehalten!

Kinder- und Jugend-Beteiligungsbüro geht an den Start

Treptow-Köpenick bekommt endlich ein Kinder- und Jugend-Beteiligungsbüro (KJBB).

Der Jugendhilfeausschuss der BVV Treptow-Köpenick hat über die Vergabe des Beteiligungsbüros entschieden. Das KJBB wird im Mellowpark angesiedelt. Damit wird ein nächster Meilenstein im Rahmen des Jugendförder- und Beteiligungsgesetzes im Land Berlin umgesetzt.

Ziel ist es, Kindern und Jugendliche durch Demokratiebildung und und sich Gehör zu verschaffen. Das KJBB wird zum Sprachrohr für Kinder und Jugendliche in der Lokalpolitik sowie im Bezirk. Das Besondere: Jugendliche entscheiden direkt über die Gestaltung der Beteiligungsformate im Lebensumfeld, Politik und Verwaltung entscheiden. Perspektivisch soll eine Strategie für ein kinder- und jugendgerechtes Treptow-Köpenick in Zusammenarbeit mit der Verwaltung und Partner\*innen erarbeitet werden.

Das Büro soll im März 2021 die Arbeit aufnehmen. Die SPD-Fraktion Treptow-Köpenick hat damit ein weiteres Wahlversprechen eingelöst.

## Die Coronakrise darf keine Frauenkrise bleiben

Wie zerbrechlich Fortschritte bei der Gleichstellung von Frauen und Männern sind, zeigt die Pandemie

Seit Jahrzehnten kämpfen Frauen dafür, zugesicherte Rechte wahrnehmen zu können: auf Arbeit, zu Hause und im Privatleben. Besonders die unbezahlte Sorgearbeit fällt wieder mehr in die Hände der Frauen. Zu diesem Schluss kommt eine Studie der gewerkschaftsnahen Hans-Böckler-Stiftung.

Wie bereits bekannt, verdienen Frauen weniger, weil sie häufiger in Teilzeit arbeiten. Das führt dazu, dass mit den aktuellen Kurzarbeitergeld-Regelungen Frauen von den Teilzeitgehältern noch Abschläge hinnehmen müssen. Allerdings zeigt sich, dass Frauen in Tarifbeschäftigung zumindest von den Gehaltseinbußen weniger betroffen



Frauen sind durch die Pandemie doppelt betroffen

Foto: Omar Lopez/ unsplash

Frauen sind doppelt betroffen. Denn auch die fehlende Kinderbetreuung kompensieren Frauen. Bei den Eltern, die sich die Erziehungsarbeit vor Corona geteilt haben, machen das nur noch 60 %. Bei Familien mit Einkommen unter 2000 Euro im Monat sind es sogar nur knapp 50 %. Wir brauchen familienpolitische Maßnahmen zur Unterstützung.

Nicht zuletzt verschärfen sich die Stressfaktoren im privaten Haushalt durch den Lockdown, die häusliche Gewalt nimmt zu. 81 % der Opfer sind Frauen und ihre Kinder. Gerade in Pandemie-Zeiten konnten Betroffene aus schwierigen Situationen schlechter entkommen, denn Schulen, Kitas und Freizeiteinrichtungen waren geschlossen

oder arbeiten im eingeschränkten Betrieb. Wir müssen Schutzräume sichern.

Im Bezirk stärkt die SPD-Fraktion schon seit längerer Zeit Frauenprojekte. Hier einige Beispiele:

Frauenzentrum in Friedrichshagen • Kontakt: Fr. Jaross, ute.jaross@stephanus.org Tel.: 0151 40 66 47 99

Infopoint für Alleinerziehende in Altglienicke • Kontakt: Fr. Killet, infopoint@offensiv91.de Tel.: 0176 55 48 96 62

Anti-Gewaltberatungsstelle in Schöneweide Kontakt: Fr. Deparade, frauenberatung-tk@stiftung-spi.de Tel.: 0162 4916545